

# Möglichkeiten der Ermächtigung

## Zivilgesellschaftliche Netzwerke – Notwendigkeit und Chancen

VON SERGE EMBACHER

**Der Beitrag analysiert die durch die Ökonomisierung aller Gesellschaftsbereiche ausgelöste Entwicklung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört. Als Korrektiv können zivilgesellschaftliche Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement zur treibenden Kraft der Modernisierung des demokratischen Gemeinwesens werden.**



Serge Embacher

Wer von »Ermächtigung« spricht, muss von Ohnmachtsgefühlen durchdrungen sein, vom Bedürfnis, wieder Macht über Verhältnisse zu erlangen, die uns offensichtlich entglitten sind. Im immer noch jungen 21. Jahrhundert haben viele Menschen den Eindruck, den Kräften einer alles in allem radikalen Ökonomisierung der Gesellschaft ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Doch wie konnte das geschehen? Leben wir nicht im 234. Jahr der Aufklärung und des gesellschaftlichen Fortschritts, den Immanuel Kant in seinem 1784 erschienenen und bis heute wegweisenden Aufsatz mit dem Titel »Was ist Aufklärung?« intellektuell vorgeprägt hat? Dort war ja von Ermächtigung als einem Versprechen der kommenden modernen Gesellschaft die Rede. »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu

bedienen«, lautete die Losung der Aufklärungsphilosophie, die einen gigantischen Aufbruch in die Moderne nach sich gezogen hat.

Die Kraft des »eigenen Verstandes«, dessen man sich nach Kant ohne Anleitung durch andere bedienen soll, hat Monarchien hinweggefegt, autoritäre Herrschaft überwunden und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat hervorgebracht. Das Grundgesetz, der Sozialstaat, die Gewaltenteilung und auch die Etablierung von zivilem Verhalten wären nicht möglich ohne den Grundgedanken der Aufklärung, dass Menschen sich als gleichberechtigte Verstandeswesen verstehen können, die kollektiv ein vernunftgeleitetes Gemeinwesen zu entwickeln und etablieren in der Lage sind. Dass man ausgerechnet in der Heimat Kants, im Land der Dichter und Denker, länger als andere gebraucht hat, diese Lektion zu verstehen, wäre – wenn in deutschem Namen nicht Millionen Menschen hätten sterben und unsagbares Leid erfahren müssen – fast schon eine Ironie der Geschichte.

Der Ermächtigung als Versprechen der Aufklärung steht nun diametral die große Entmündigung als Folge einer in mancher Hinsicht gescheiterten Modernisierung gegenüber. Die im Grunde unglaubliche Paradoxie unserer Tage – geschichtlich einmalige Freiheits- und Wohlstandsgewinne auf der einen und gleichzeitig massive Einschränkungen von Freiheit und Wohlstand auf der anderen Seite – macht viele Menschen ratlos. Eine auf ökonomische Zweckrationalität verkürzte Vernunft als Begründerin der Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird angetrieben von der Herrschaft eines dummen Pragmatismus, der uns weismachen will, ohne weitere Ausdehnung der ökonomischen Sphäre durch

»Wachstum«, Privatisierung und Deregulierung sei unsere Gesellschaft nicht »zukunftsfähig«. Unter den Vorzeichen betriebswirtschaftlichen Denkens, das auch die soziale Arbeit längst erreicht und durchdrungen hat, muss die Vernunft in die Defensive geraten.

Der »Ergehensbericht« ist längst abgelöst von einer minutiösen Pflegedokumentation, die betriebswirtschaftlich sinnvoll sein mag, aber menschlich betrachtet katastrophal ist. Und die Menschen, die sich um die Randfiguren unserer Gesellschaft kümmern, um die Kranken und Belasteten, die Erniedrigten

und Beleidigten, müssen in Evaluations- und Qualitätsmanagement-Prozessen die Effizienz und Wirksamkeit ihrer Arbeit unter Beweis stellen – ganz abgesehen davon, dass viele dieser Menschen selbst prekär beschäftigt und angesichts der künstlich erzeugten Ressourcenknappheit oft völlig überlastet sind.

Das Problem, von dem hier die Rede ist, liegt darin begründet, dass Aufklärung und Moderne ja nicht nur eine Epoche der Durchsetzung demokratischer Verhältnisse bilden. Gleichursprünglich entwickelte sich aus den zerfallenden Strukturen der Feudalherrschaft die kapitalistische Wirtschaft, häufig verharmlosend »Marktwirtschaft« genannt, obschon gar nicht der Markt als Verteilungsmechanismus für Güter und Dienstleistungen, sondern das Prinzip der Profitsteigerung ihr zentrales Charakteristikum ist. Die historisch parallele Entwicklung von Kapitalismus und Demokratie sorgte von Beginn an für Spannungsverhältnisse in der modernen, der bürgerlichen Gesellschaft. Im Prinzip vertragen sich die beiden nicht: Kapitalismus zielt auf eine möglichst große Steigerung des individuellen Vorteils in einem auf Dauer gestellten Konkurrenzkampf aller gegen

**Der Ermächtigung als Versprechen der Aufklärung steht nun diametral die große Entmündigung als Folge einer in mancher Hinsicht gescheiterten Modernisierung gegenüber.**

alle; Demokratie (in einem anspruchsvollen Sinne) zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Strukturen eines auf Ausgleich und Gerechtigkeit zielenden Gemeinwesens.

Vor diesem Hintergrund war die Geschichte der Moderne immer auch ein Ringen zwischen Individualismus und Gemeinwohlorientierung, zwischen egoistischem Nutzenkalkül und Gerechtigkeitsstreben. Was sich dabei jeweils durchsetzt, ist Sache der »aktuellen Kämpfe«, wie man vielleicht früher in marxistisch orientierter Diktion gesagt hätte. In den glücklicheren Phasen der Entwicklung (etwa in der Bundesrepublik der 1970er Jahre oder auch im skandinavischen Modell des Wohlfahrtsstaates) ist es gelungen, die »Marktwirtschaft« demokratiekonform unter Kontrolle zu halten, das heißt, durch Steuergesetze, Regulierung des Finanzsektors und andere Mechanismen Exzesse der Profitmaximierung zu verhindern und die Gesellschaft so zu organisieren, dass es wenigstens annähernd zu den im Grundgesetz vorgesehenen gleichwertigen Lebensverhältnissen kam.

Die Tendenz, die sich schon vor 30 Jahren – seit Beginn der Kanzlerschaft Kohls – abzuzeichnen begann und in den letzten 15 Jahren mehr und mehr zur Geltung gelangt, ist jedoch genau gegenläufig und lässt sich in Abwandlung eines Wortes der Bundeskanzlerin mit dem Begriff »marktkonforme Demokratie« auf den Punkt bringen. Marktkonforme Demokratie bedeutet, Verbesserungen für Unternehmen und Unternehmer auf Kosten des Gemeinwohls und der sozialen Sicherheit durchzusetzen. Während Unternehmenssteuern und Spitzensteuersatz gesenkt, die Vermögenssteuer ausgesetzt und eine »Flatrate-Steuer« von durchgehend 25 Prozent auf Gewinne aus Kapitalerträgen eingeführt, darüber hinaus durch die Förderung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung der Faktor Arbeit erheblich verbilligt wurde, hat man gleichzeitig

### Die Geschichte der Moderne war immer auch ein Ringen zwischen Individualismus und Gemeinwohlorientierung.

### Die Tendenz lässt sich mit dem Begriff »marktkonforme Demokratie« auf den Punkt bringen.

den Wohlfahrtsstaat durch Schwächung der gesetzlichen Rente sowie heftige Einschnitte in Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarktpolitik zurechtgestutzt.

Um diese für sich genommen objektiv ungerechte Entwicklung akzeptanzfähig zu machen, hat man sich die Rede von Effizienzsteigerung und ökonomischer Vernunft zu eigen gemacht, die sich bis heute in der Behauptung niederschlägt, dass alles, was in staatlicher Verantwortung geschieht, per se teurer und schlechter ist als in privatwirtschaftlicher Hand. Der Kampf begriff des »schlanken Staates« war hier Hebel und Brecheweisen zugleich. Und eine machtvergessene, inhaltlich ausgezehrt und den Einflüssen des privatwirtschaftlichen Lobbyismus sich ergebende Sozialdemokratie hatte dieser Entwicklung nicht nur nichts mehr entgegenzusetzen, sondern machte sich spätestens mit der Politik der »Agenda 2010« zur Vorreiterin der Entwicklung.

Diese Entwicklung einer fortgesetzten Ökonomisierung der Gesellschaft löst das Unbehagen und die Ohnmachtsgefühle aus, von denen eben die Rede war. Ökonomisierung bedeutet im Kern Dehumanisierung der Gesellschaft. Denn der Mensch wird in diesem Diskurs lediglich als rationaler Nutzenmaximierer gesehen. Der »Homo oeconomicus« ist ein halbiertes Mensch, mit dem eine menschliche Gesellschaft nicht zu realisieren ist, weil ihr Emphase, Solidarität und die Sorge um die Schwächeren und Benachteiligten fehlen.

Doch aller Skepsis und allem Unbehagen zum Trotz haben wir uns an diese Zustände gewöhnt. Alle Dinge wirtschaftlich zu sehen, hat sich als dominantes und quasi natürliches Muster durchgesetzt. Nicht nur ÖPNV und Fernverkehr, Flughäfen, Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Straßenbau, Verwaltungsstrukturen, Energie- und Wasserversorgung, Tele-



kommunikation und Post, Krankenversicherung und Altersvorsorge denken wir selbstverständlich ökonomisch-betriebswirtschaftlich. Im Zeitalter von »Parship«, Swingerclub und »Lebensabschnittspartner« haben wir auch unsere intimen Beziehungen dem Kosten-Nutzen-Denken preisgegeben.

Doch der Preis, den wir für die Ökonomisierung im Dienste fortgesetzter Wohlstandsteigerung zahlen, ist hoch. Die Krisen der letzten Jahre – Bankenkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Umweltkrise, Krise der Pflegeberufe usw. – sind neben den individuellen Auswirkungen wie chronische Überlastung, dem Leid an zunehmender Beschleunigung, manischer Perfektions- und Optimierungsdruck sowie körperlich-psychische Leiden von Depression bis »Burn-out« deutlicher Ausdruck der Ökonomisierung der Gesellschaft.

Doch etwas hat überlebt von der ursprünglichen Erwartung des Publikums: Die »demokratiekonforme Marktwirtschaft« als menschengerechtere, friedfertiger und bessere Alternative ist – aller Dominanz des ökonomischen Dogmas ungeachtet – immer noch präsent und im Übrigen auch rechtlich kodifiziert; im Sozialstaatsgebot (Art. 20 u. 28 GG), in der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14 GG) und in der Idee der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die die Verfassung vorschreiben (Art. 72 GG). Nur gibt es derzeit nicht die Politik, die das mehrheitlich durchsetzen könnte oder wollte. Politik im Zeitalter der marktkonformen Demokratie bedeutet (leider)



**Dr. med. Mabuse Nr. 231**  
(Januar/Februar 2018)

**Schwerpunkt:**  
**G-DRG**

- Systemfehler
- Pflegekosten
- Versorgungslücken
- PEPP
- Aktionsbündnis gegen das DRG-System

*außerdem:*

Mit 90 noch in eine WG? – Erfahrungen aus einem Demenz-Wohnprojekt • Prozess um § 219a – Kommentar • Gesundheit anderswo – OP-Einsatz in Guinea



*ist die unabhängige und kritische Zeitschrift für alle Gesundheitsberufe.*

– Einzelheft 8 Euro

– Mini-Abo mit 3 Ausgaben nur 15 Euro (endet automatisch)

Weitere Aboformate und die letzten Ausgaben finden Sie auf unserer Homepage:

[www.mabuse-verlag.de](http://www.mabuse-verlag.de)

Dr. med. Mabuse gibt es auch am Bahnhofskiosk!

**Mabuse-Verlag**

Postfach 90 06 47  
60446 Frankfurt am Main  
☎ 069-70 79 96-17  
abo@mabuse-verlag.de



nicht die Suche nach Erfüllung der grundgesetzlichen Gebote, sondern – gegen die Erwartung in breiten Teilen des Publikums – Erfüllung ökonomischer »Sachzwänge« als Programm, bedeutet Depotenzierung des Wohlfahrtsstaats, bedeutet Verlust an politischer Kompetenz, Strategie und Richtung.

Der nicht nur in der AfD grassierende Rechtspopulismus ist eine Folge dieser Krise der Politik. Die Verunsicherung vor allem der gesellschaftlichen Mittelschichten, die Verletzung des Gerechtigkeits- und Solidaritätsempfindens von Millionen, zunehmende Abstiegs- und Zukunftsängste, gekoppelt mit einer Anfälligkeit für »Fake News« und »Filterblasen« bilden die gefährliche Mischung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen auf Dauer zerstören.

An diesem Punkt, an dem die verfasste Politik in Parlament und Regierung zurzeit offensichtlich nicht in der Lage ist, dem Ökonomismus wirksam entgegenzuwirken, kommen zivilgesellschaftliche Netzwerke ins Spiel. Ihre Bedeutung kann in der gegenwärtigen Lage kaum überschätzt werden. Wenn es derzeit überhaupt ein Korrektiv geben sollte, dann ist es in den Strukturen einer aktiven Zivilgesellschaft zu verorten. Sie – die Bürgergesellschaft – ist die Sphäre der öffentlichen Debatte, in der wir Kritik üben und Alternativen diskutieren können. Sie ist darüber hinaus eine Arena des konkreten Handelns: Wer sich für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für ein solidarisches Miteinander oder auch für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen engagiert, der gehört zu denen, die das »Gegenfeuer« (Pierre Bourdieu) gegen die dominante ökonomische Ordnung am Leben halten und für die Aktualität solidarischer Werte sorgen.

Die vielen Millionen Menschen, die sich in über 600.000 Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen freiwillig, unentgeltlich, gemeinwohl-

orientiert und gemeinsam mit anderen öffentlich engagieren, stellen ihr ausgeprägtes Solidaritätsempfinden der fatalen Mentalität des »Unterm Strich zähl-

ich!« entgegen. In zivilgesellschaftlichen Netzwerken und im bürgerschaftlichen Engagement drückt sich das aus, was in der offiziellen Politik derzeit nicht zum Ausdruck gelangt. Ihre Bedeutung ist sowohl politisch als auch praktisch. Sie sorgen für Informations- und Erfahrungsaustausch, initiieren praktische Fort- und Weiterbildung, sorgen für Kooperation und politische oder soziale Aktion und bilden relevante Diskussionszusammenhänge, in denen Menschen sich positionieren und selbstvergewissern können.

Weil zivilgesellschaftliche Netzwerke all das können, lautet die These, dass die vernetzte Bürgergesellschaft dazu geeignet ist, zur treibenden Kraft der Modernisierung des demokratischen Gemeinwesens zu werden. Sie wäre in der Lage, den gegenwärtigen Stillstand im Prozess der Aufklärung (im 234. Jahr nach Kant ...) zu beenden und durch ihr Wirken und ihre Impulse auch die verfasste Politik wieder in Richtung »demokratiekonforme Marktwirtschaft« zu drängen.

Doch ist dies natürlich eine voraussetzungsvolle Angelegenheit. Ermächtigung mittels Engagement und

Beteiligung ist nicht einfach zu erlangen. Dazu bedarf es zunächst vor allem der Aufklärung. Der dumme Pragmatismus der Ökonomie hat die klare Sicht auf die sozioökonomische Realität vernebelt.

In jeder Talkshow erhält man nach wie vor Applaus für marktradikale Thesen und Behauptungen von der Art, dass es Deutschland rundheraus gut ginge, dass bei Rente, Pflege, Gesundheit und Arbeitsmarkt alles auf gutem Weg wäre und dass es der Politik um die Organisation von Gemeinwohl gehe. Aufklärung hieße dagegen, Zusammenhänge losgelöst von diesem durch und durch ideologischen Pragmatismus zu erklären und in allen Diskussionen, Auseinandersetzungen und politischen Debatten

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen drohen auf Dauer zerstört zu werden.**

**Ein Korrektiv ist in den Strukturen einer aktiven Zivilgesellschaft zu verorten.**



herauszuarbeiten, welche Menschenbilder sich hinter diesen und jenen Argumenten verbergen. Solange man die Protagonisten aus Parteien, Parlamenten und Regierungen mit Euphemismen, Plastiksprache und Wischi-Waschi-Positionen durchkommen lässt, werden sich auch keine anderen Zustände herbeiführen lassen.

Eine klare Sprache jenseits von Polit-chinesisch, aber auch jenseits von hypermoralistischer Political Correctness, wäre eine wichtige Voraussetzung, um Enttäuschte und Desillusionierte wieder für eine Gesellschaft zu begeistern, die sich nicht in manischem Egoismus und Fremdenfeindlichkeit gefällt, sondern eine Heimstatt bildet für alle, die auf die Fähigkeit des Menschen bauen, eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen – die ja vor dem Hintergrund des Standes der Technik, der Wissenschaft und der Medizin ohne Weiteres möglich wäre!

Ausgerechnet die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Bürgergesellschaft hat schon 2002 das entsprechende Leitbild für die Rolle zivilgesellschaftlicher Netzwerke im Prozess der Erneuerung von Politik und Gesellschaft skizziert. Das »Leitbild Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbst organisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können«. (1)

Wenngleich derzeit wenig Hoffnung auf ein Zurückdrängen des Ökonomischen besteht, so kann man doch an dieser Idee als »konkrete Utopie« im Sinne Ernst Blochs festhalten. Diese Utopie gründet in der Überzeugung, dass Menschen auch anders könn(t)en. Wie immer man die schwierigen Voraussetzungen, unter denen ein solches Unterfangen derzeit steht, überwinden mag: Fest steht, dass eine gelungene Strategie der Ermächtigung ein Schritt Richtung Ausgang aus der »selbst verschuldeten Unmündigkeit« wäre. Dann wäre der Nachweis erbracht, dass das Vernunftgesetz doch wirkt.

PS: Immanuel Kant hat übrigens auch beschrieben, woran die Bedienung des eigenen Verstandes meistens scheitert, nämlich an Faulheit und Feigheit ... ■

**Serge Embacher**, Jahrgang 1965, lebt und arbeitet als Publizist und Politikwissenschaftler in Berlin und ist unter anderem für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) tätig: zahlreiche Publikationen zu Demokratie und Bürgergesellschaft (u.a. »Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land«, Hamburg 2012)

Kontakt über: [www.serge-embacher.de](http://www.serge-embacher.de)

#### Hinweis

Der Text geht auf einen Vortrag zurück, den der Autor auf der Jahrestagung der DGSP am 23. November 2017 in Hamburg gehalten hat.

#### Anmerkung

- 1 Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8900, 03.06.2002. Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, S. 24 (online unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>)

## Neues für die berufliche Praxis

Sich alle gesetzlichen Neuregelungen des neuen Bundesteilhabegesetzes anzueignen ist gar nicht so einfach, denn die diversen Vorschriften sind verstreut in verschiedenen Sozialgesetzbüchern zu finden. Sie treten überdies noch zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft. Das kann sich kaum jemand alleine erarbeiten. Zum Glück muss das auch niemand: Der Autor erklärt die Ziele des BTHG und füllt zentrale Begriffe wie Assistenz, Selbstbestimmung und Teilhabe mit Leben. So werden aus Rechtsvorschriften Praxisempfehlungen.



Matthias Rosemann  
**BTHG: Die wichtigsten Neuerungen für die psychiatrische Arbeit**  
 96 Seiten, 17,00 €  
 ISBN 978-3-88414-698-9  
 eBook 13,99 €  
 ISBN (eBook) 978-3-88414-920-1

#### Bestellung bei:

DGSP Köln • Telefon: 0221-5110 02  
 E-Mail: [dgsp@psychiatrie.de](mailto:dgsp@psychiatrie.de)

Psychiatrie Verlag 

[www.psychiatrie-verlag.de](http://www.psychiatrie-verlag.de)